



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

in dieser Woche hat sich die Bundesregierung bereit erklärt, 1.553 Flüchtlinge aus dem abgebrannten Lager Moria auf der griechischen Insel Lesbos nach Deutschland zu holen. Dieser Schritt war notwendig. Die Aufnahme entspricht unserer humanitären Tradition. Wir dürfen den Blick vor dem Flüchtlingseiland auf einigen griechischen Inseln nicht verschließen, aber wir müssen gleichzeitig Nachfolgewirkungen im Blick behalten und dürfen nicht zusätzliche Anreize - wie etwa Feuer legen - schaffen.

Diese einmalige Aufnahmeaktion darf allerdings nicht bedeuten, dass wir unsere Anstrengungen aufgeben, eine gemeinsame europäische Aufnahmepolitik zustande zu bringen. Wir müssen alles daran setzen, dass andere EU-Mitgliedstaaten ihren Anteil an dieser großen humanitären Aufgabe übernehmen. Die EU ist kein Selbstbedienungsladen, wo jeder sich nehmen kann, was er gerne möchte. Die EU ist eine Wertegemeinschaft, die

nur überdauern kann, wenn sich alle an die gemeinsamen Werte halten.

Am Freitag habe ich im Bundestag Stellung genommen zum Tod des iranischen Ringers Navid Afkari. Er ist am vergangenen Samstag hingerichtet worden, nachdem das Mullah-Regime in Teheran ihm mit fingierten Beweisen einen Mord untergeschieben hatte. In Wahrheit ging es den Mullahs dagegen darum, einen unbequemen Regimegegner zu eliminieren. Der im Iran angesehene und sehr bekannte Ringer Afkari hatte nämlich vor zwei Jahren an Protesten gegen die explodierenden Benzin- und Lebensmittelpreise teilgenommen.

Wir dürfen es nicht bei Reden gegen die Mächte derartiger Regimes belassen. Wir müssen den Mullahs klar machen, dass wir derartiges Handeln nicht gutheißen. Wir müssen uns nicht beim Shake Hands mit dem iranischen Außenminister Mohammed Dschawad Sarif fotografieren lassen wie Außenminister Heiko Maas auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Wir müssen auch keine Einladung zum Mittagessen

durch den iranischen Botschafter annehmen. Ich habe auf eine solche Einladung im letzten Januar einfach Nein gesagt. Aber zum Gespräch bin ich immer bereit.

Eklatante Menschenrechtsverletzungen dürfen nicht relativiert werden. Wenn wir auf derartige Fälle hinweisen, ist das keine Einmischung in innere Angelegenheiten eines anderen Staates, sondern das Pochen auf dem Einhalten von internationalem und globalem Recht, das allen Menschen gleichermaßen zusteht. Wir müssen die Stimme sein all derer, die ihrer Freiheit beraubt wurden, die gefoltert und umgebracht wurden, nur weil sie sich für ihre Rechte eingesetzt haben.

Bleiben Sie alle gesund und helfen Sie dabei, dass andere leben können und gesund bleiben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst
Ihr

Förderung für Ehrenamt

Die durch die Stiftung für Engagement und Ehrenamt bereitgestellten Fördermittel wären eine große Chance zur Förderung des Ehrenamtes, wenn die zeitlichen Vorgaben einer Antragstellung nicht illusorisch wären. Ich bemühe mich gerade intensiv darum, diese Förderbedingungen realistisch zu gestalten. Dennoch sollten alle mit Ehrenamt befassten Vereine und Institutionen einen Förderantrag für sich

umgehend prüfen und ggf. bei der Antragstellung die Stiftung um Unterstützung bitten.

Wie ich bereits im letzten Newsletter berichtet habe, hat die Stiftung für Engagement und Ehrenamt ihr Förderprogramm vorgestellt. Grundsätzlich ist es nun möglich, jeweils einen Antrag für ein Schwerpunktthema zu stellen. Die Schwerpunktthemen sind: Innovation und Digitalisie-

rung in der Zivilgesellschaft, Nachwuchsgewinnung und Struktur- und Innovationsstärkung in strukturschwachen und ländlichen Räumen. Hier können Einzelprojekte mit bis zu 100.000 Euro gefördert werden (Nähere Informationen dazu auf der Webseite: <https://www.deutsche-stiftung-engagement-und-ehrenamt.de/foerderung/>).

Umzug und Erweiterung der Stiftung Brandenburg nach Frankfurt (Oder)

Die Stadt will das Collegienhaus dafür verfügbar machen. Aber davor liegen große Hürden: Investitionsbedarf von über 3 Mio. Euro, nachhaltiges Finanzierungskonzept für Geschäftsstelle, Archiv und Museum.

Dazu gab es ein Informationsgespräch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Dr. Bernd Fabritius,

Zunächst wurden nur die Grenzen der Finanzierbarkeit diskutiert. Aber zusammen mit der Landesregierung Brandenburg, der Stadt Frankfurt (Oder) und der Europa-Universität Viadrina arbeiten wir weiter daran, den Umzug der Stif-

tung Brandenburg nach Frankfurt (Oder) zu ermöglichen. Die Stiftung Brandenburg vertritt die Interessen

der Vertriebenen (<https://www.stiftung-brandenburg.de/>)



Verantwortung für Nachhaltigkeit übernehmen

Das Thema Nachhaltigkeit spielt eine große Rolle in der heutigen Welt, in der verbraucherorientierte Volkswirtschaften und neue Technologien erhebliche Umweltschäden verursachen. Dies führt zur Knappheit der nicht-erneuerbaren Ressourcen, einer Verschlechterung der Umwelt, die unsere Gesundheit beeinträchtigt, und zum Klimawandel, der immer mehr Menschen zur Flucht zwingt. Um die Klimakrise zu bewältigen, müssen wir lernen, die Konsequenzen unseres Handelns ernst zu nehmen und Verantwortung dafür zu übernehmen.

Am Donnerstag (17.9.2020) hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Gerd Müller eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen. Dazu gehört u.a. ein Lieferkettengesetz, das Kinderarbeit verbietet, die Menschenrechte garantiert und die Ausbeutung von Mensch und Natur in Entwicklungsländern beenden soll. Es soll eine angemessene Zertifizierung deutscher Unternehmen eingeführt werden, damit deutsche Unternehmen nicht auf Kinderarbeit zurückgreifen, was ihren Ruf gefährden könnte. Deutsche Unternehmen müssen nicht nur für höchste Qualität, sondern auch für Ver-



Die Fraktionsgeschäftsführung hat am Freitag an uns Baumsetzlinge verteilt. Diese junge Eiche werde ich in meinem Wahlkreis einpflanzen.

antwortung und nachhaltige Produktion stehen.

Natürlich muss man bedenken, dass ein solches Gesetz nicht ohne negative politische Auswirkungen erfolgen kann. Aber wir müssen uns der Herausforderung stellen, denn die Menschen- und Kinderrechte stehen auf dem Spiel. Die Maßnahmen sollten sich auf die gesamte Gesellschaft erstrecken. Es muss jedem Einzelnen klar sein, dass billige Produktion sehr oft unmenschliche Arbeits-

bedingungen und Kinderarbeit bedeutet. Jeder muss verstehen, dass er mit dem Kauf dieser Produkte Ausbeutung und Menschenrechtsverletzungen unterstützt. Wenn wir das alles ernst nehmen, können wir eine nachhaltige Welt und gute Zukunft für unsere Kinder garantieren.

Verbesserungen beim Elterngeld

68 Prozent der Eltern wünschen sich mehr Zeit für ihre Kinder. Damit das möglich wird, haben wir 2007 das Elterngeld eingeführt und später um Elterngeld-Plus und Partnerschaftsbonus ergänzt. Heute können wir voller Stolz darauf verweisen, dass das Elterngeld – nach dem Kindergeld – zur bekanntesten und beliebtesten Familienleistung in Deutschland geworden ist. Fast zwei Millionen Eltern haben im vergangenen Jahr Elterngeld bezogen. Dank des Elterngeldes ist die Zahl der Väter, die sich für ihren Nachwuchs eine Auszeit nehmen, gewaltig angestiegen. Vor Einführung dieser Leistung waren es lediglich drei Prozent. Inzwischen nutzen über 40 Prozent der Väter dieses Angebot.

Nun haben wir weitere Verbesserungen beschlossen.

Dazu werden die Teilzeitmöglichkeiten erweitert. So wird während des Elterngeldbezuges und der Elternzeit die zulässige Arbeitszeit von 30 auf 32 Stunden – also vier volle Arbeitstage – angehoben. Der Partnerschaftsbonus kann künftig mit 24-32 Wochenstunden statt wie bisher mit 25-30 Wochenstunden bezogen werden.

Neu geschaffen wird der „Frühchenmonat“. Für alle Kinder, die sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin oder früher zur Welt kommen, wird den Eltern ein zusätzlicher Monat Elterngeld gewährt. Nicht zuletzt werden die Verfahren vereinfacht. So müssen Eltern, die während des Elterngeldbezuges in Teilzeit arbeiten, nur im Ausnahmefall nachträglich Nachweise über ihre Arbeitszeit erbrin-

gen. Künftig wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die im Antrag angegebenen Stunden nicht überschritten werden.

Die Kosten für diese zusätzlichen Leistungen werden finanziert, indem die Einkommensgrenze von bisher 500.000 Euro pro Elternpaar auf 300.000 Euro abgesenkt wird. Damit werden ca. 7.000 Spitzenverdiener künftig nicht mehr in den Genuss des Elterngeldes kommen. Für Alleinerziehende bleibt die Einkommensgrenze bei 250.000 Euro.



Über Besuch im Deutschen Bundestag freue ich mich immer wieder aufs Neue. Auch wenn Interessierte diesbezüglich große Einschränkungen hinnehmen müssen, denn die, wie in üblicherweise stattfindenden Besuchergruppenfahrten, wurden erst einmal bis Ende des Jahres aufs Eis gelegt.

Dann wird der Ältestenrat des Deutschen Bundestages erneut prüfen, ob wieder mehrere Besucher den Bundestag besuchen können.

Hier mit Frau und Herr Tenbusch.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Grundgesetzänderungen - Bund entlastet Kommunen

Am Donnerstagabend (17.09.) hat die überwältigende Mehrheit des Deutschen Bundestages den Grundgesetzänderungen (Art. 104a und 143h) zugestimmt, damit die Hilfe für notleidende Kommunen tatsächlich bei denen ankommt. Frankfurt (Oder) wird auch dabei sein. Jetzt

müssen die Länder ihre gesetzliche Pflicht zur Unterstützung der Kommunen wahrnehmen und ihren Beitrag dazu leisten.

Die Länder erhalten aus dem Bundeshaushalt einen Betrag in Höhe von insgesamt 6,1 Milliarden Euro, um die zu erwartenden Gewerbesteuermindereinnahmen der Gemeinden für das Jahr 2020 auszugleichen. Zur weiteren Stärkung der Finanzkraft der Kommunen wird der Bund dauerhaft weitere 25 % und insgesamt bis knapp unter 75 % der Leistungen für Unterkunft und Heizung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende übernehmen.

„Der 3. Oktober ist ein Tag der Freude, des Dankes und der Hoffnung“



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde des CDU-Kreisverbandes Oder-Spree,

in diesem Jahr feiern wir 30 Jahre Deutsche Einheit. Dazu möchte ich Sie herzlich in **Willy's Schankwirtschaft in Beeskow (Neuendorf 16a)** am **3. Oktober 2020, 11.00 Uhr** einladen.

Als Gäste dürfen wir Elisabeth Motschmann, MdB und Jens Motschmann begrüßen.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch und anregende Gespräche.

Freundliche Grüße Martin Patzelt

Kurze Informationen über unsere Gäste, die uns gerade zum Tag der Deutschen Einheit aus den "alten" Bundesländern unseres Vaterlandes zum Gespräch zur Verfügung stehen wollen. Elisabeth Motschmann, MdB: Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Kultur und Medien, Mitglied des Bundesvorstand der CDU Deutschlands, Landesvorsitzende der Frauen Union Bremen.

Jens Motschmann: bis 1960 DDR Bürger, evangelischer Pfarrer und Theologe. Autor des neu erschienenen Buchs "Widerspruch war nicht erwünscht" (Conception Seidel Verlag, 2020).